

## Pressemitteilung

Ansbach, zum 01. April 2011

*Offene Linke unterstützt Verhüllung des Grauen Wolfes und geht noch weiter:*

Bannmeile bei Bachwoche gefordert - „Mehr Schein als Sein für Ansbach!“

*„Lex Musica“ kann Abhilfe schaffen: Kommunale Kleiderverordnung soll Armut kaschieren*

Die Offene Linke hat in einem Positionspapier zu ihrer am 1. April stattfindenden Vorstandssitzung das Ansinnen der CSU, den Grauen Wolf für die Dauer der Bachwoche zu verhüllen, einhellig begrüßt: „Kein Schandfleck soll das Vergnügen der Reichen und Schönen stören. Wenn schon einmal Geldadel die Rezatstadt besucht, muss Ansbach auch kräftig für dessen Wohlbefinden investieren“, betonte der Vorstand des Wähler-Bündnisses.

Die Potemkinschen Fassaden der CSU gehen der Offenen Linken jedoch nicht weit genug: Man favorisiere die „große Lösung“ einer Bannmeile um die Veranstaltungsorte der Bachwoche. Innerhalb dieses Gebiets soll eine zu erlassende kommunale Kleiderverordnung konsequent durchgesetzt werden: „Frack und Abendkleid muss Pflicht werden“, forderte die Offene Linke. Diese „Lex Musica“ garantiere dafür, dass die Bachwochengäste nicht die zunehmende Armut in Ansbach infolge der ausufernden Niedriglöhne und Leiharbeit zu Gesicht bekämen. „Wie kann man denn die Johannes-Passion genießen, wenn abgerissen herumlaufende Jugendliche das Gesamtbild stören?“, fragte die Offene Linke besorgt.

Die Bewohner innerhalb der Bannmeile sollen bei Nichtvorhandensein von Frack und Abendkleid mit einer Ausgangssperre von 12 bis 24 Uhr belegt werden. „Wir können es uns nicht erlauben, dass der Ansbacher Normalbürger das Image der Bachwoche gefährdet“, unterstrich das Wähler-Bündnis. Für den Rezatparkplatz soll während der Bachwoche zudem nach dem Willen der Offenen Linken eine PS-Verordnung beschlossen werden: Die Zufahrt soll demnach ausschließlich für Limousinen mit mindestens 150 PS, wahlweise in den Farben schwarz oder silber-metallic erlaubt sein. Der Ostteil des Rezatparkplatzes soll überdies mit afghanischem Marmor saniert werden: Lockere man das Verbot der Kinderarbeit bei städtischen Auftragsvergaben, sei das Vorhaben durchaus finanzierbar.

Mit Unterstützung der Verhüller-Fraktion der CSU wolle man mit diesen Maßnahmen „mehr Schein als Sein für Ansbach wagen“, so das Wähler-Bündnis abschließend.

*gez. Offene Linke Ansbach e.V., der Vorstand*

PS: Wir bitten darum, Abstand von Nachfragen zu nehmen, ob es sich bei obiger Mitteilung um einen Aprilscherz handelt.